

Afghanistan im Überblick

zusammengestellt von Fabian Falter

Loja Dschirga

In Kabul fand vom 21. bis 25. November die große Ratsversammlung statt. Sie setzt sich aus handverlesenen Repräsentanten der afghanischen Bevölkerung zusammen. Hauptaufgabe der 40 Millionen US-Dollar teuren Veranstaltung war die Abstimmung über ein bilaterales Sicherheitsabkommen mit den USA, das die US-Präsenz bis 2025 regeln soll. Kritiker werfen Präsident Karzai vor, er halte eine Scheindebatte ab, um später nicht persönlich für die Vereinbarungen geradestehen zu müssen. Karzai besitzt theoretisch die Vollmacht, das Abkommen ohne die Bestätigung der Versammlung zu unterschreiben. Die Versammlung stimmte dem Abkommen trotz strittiger Punkte zu, darunter die Klausel, dass ausländische Soldaten nicht nach afghanischem Recht belangt werden können. Die USA fordern von Karzai eine Unterschrift bis Ende 2013. Dieser beabsichtigt aber, sie seinem im April 2014 zu wählenden Nachfolger zu überlassen.

Abzug aus Kundus

Im Beisein von Außenminister Westerwelle und Verteidigungsminister de Maizière hat die Bundeswehr Anfang Oktober ihr Feldlager in der nordafghanischen Stadt Kundus an die afghanischen Sicherheitskräfte übergeben. Fast zehn Jahre bestand das Lager mit über 400 Soldaten in der strategisch wichtigen Provinz, die als Kornkammer und wegen ihrer Baumwollindustrie bedeutsam ist. Kundus war zu Zeiten der Taliban-Regierung eine ihrer Hochburgen gewesen und auch nach 2001 immer wieder von Unruhen betroffen. Bewacht von 500 ISAF-Soldaten vollzog sich Ende Oktober auch der Rückzug aller deutschen Soldaten und ihrer militärischen Ausrüstung in das circa 300 Kilometer entfernte Hauptquartier in Mazar-i-Sharif. Zivil nutzbare Ausrüstung wurde in Kundus belassen oder an die Afghanen verkauft.

Lebenslange Haft für Robert Bales

Der Fall gilt als das schlimmste Verbrechen des Afghanistan-Krieges und hatte im März 2012 für Unruhen in Südafghanistan gesorgt: Der Unteroffizier Robert Bales verließ während seines insgesamt vierten Kriegseinsatzes in Afghanistan und dem Irak nachts sein US-Militärlager in der Provinz Kandahar, drang in zwei Dörfern in mehrere Häuser ein und erschoss 16 Zivilisten. Im August verurteilte ihn ein Militärgericht im

US-Bundesstaat Washington zu lebenslanger Haft, ohne die Möglichkeit der frühzeitigen Haftentlassung, die Höchststrafe. Bales hatte vor Gericht die Tat gestanden und war so der Todesstrafe entgangen. Genau diesen Deal des Gerichtes kritisierten die afghanischen Zeugen und die Angehörigen der Opfer – für die meisten von ihnen hätte nur die Todesstrafe „Gerechtigkeit“ bedeutet.

Auszeichnung für Journalistin

Gemeinsam mit der syrischen Photojournalistin Nour Kelze und der kambodschanischen Herausgeberin Bopha Phorn hat die afghanische Journalistin Najiba Ayubi am 23. Oktober in New York den *Courage in Journalism Award* der IWMF (*International Women's Media Foundation*) verliehen bekommen. Ayubi leitet eine unabhängige Mediengruppe und setzt sich seit Jahren für die Rechte von Journalistinnen ein. Sie wertete die Auszeichnung als Anerkennung und Ermutigung für weiblichen Journalismus in Afghanistan.

Ein Grund zu Feiern

Afghanistans Sportler geben ihren Mitbürgern momentan reichlich Gelegenheit dazu, die Straßen der großen Städte mit Jubelparaden zu füllen. Zunächst siegte die Fußballnationalmannschaft am 11. September im Finale der Südasienmeisterschaften in Kathmandu gegen Indien, rehabilitierte sich für die Finalniederlage von 2011 und sorgte für einen wahren Fußball-Boom in Afghanistan. Am 2. Oktober qualifizierte sich dann die Cricket-Nationalmannschaft mit einem Sieg gegen Kenia in Sharjah (VAE) für die Weltmeisterschaft, die 2015 in Australien und Neuseeland stattfindet.

Keine Präsidentschaftskandidatin in Afghanistan

Es gibt viele Unwägbarkeiten in Bezug auf die Präsidentschaftswahlen, doch seit Ende Oktober steht eines fest: Der Nachfolger von Hamid Karzai wird auf jeden Fall wieder ein Mann sein. Khadija Ghaznawi, eine Unternehmerin und Gesellschaftsaktivistin, war die einzige weibliche Kandidatin, bis sie zusammen mit 17 anderen Kandidaten von der Wahlkommission disqualifiziert wurde. Ghaznawi, die durch die Schaffung von Arbeitsplätzen und Investitionen in die Bildung den Taliban den Nachschub an jungen Männern abschneiden wollte, beschwerte sich, die Kommission habe keine Gründe für

ihren Ausschluss angeben. Damit bleiben nun noch zehn Kandidaten übrig, die vor allem dem Umfeld des scheidenden Präsidenten zugerechnet werden.

Freilassung von „Baradar“

Ende September hat Pakistan den seit drei Jahren inhaftierten Afghanen Mullah Abdul Ghani, genannt „Baradar“ (Bruder), freigelassen. Baradar gilt als enger Vertrauter des Taliban-Anführers Mullah Omar, von dem er auch seinen Namen erhalten haben soll. Die Freilassung wird als Zeichen Pakistans gewertet, sich am Friedensprozess im Nachbarland zu beteiligen. Spekuliert wird auch darüber, ob Baradar eine Verbindung von der Regierung in Kabul zu anderen untergetauchten Taliban-Führungspersonlichkeiten aufbauen kann. Bislang lehnen die Taliban Gespräche ab, da sie die Regierung in Kabul für unrechtmäßig und eine Marionette der USA halten. Bisherige Versuche, über Freigelassene einen Kontakt herzustellen, waren daher erfolglos. Mehreren Berichten zufolge, soll es Baradar untersagt sein, Pakistan zu verlassen.

Kundus-Prozess

Vor dem Bonner Landgericht hat der Prozess um die Bombardierung zweier entführter Tanklaster nahe Kundus im Jahr 2009 begonnen. In der Nacht vom 3. auf den 4. September 2009 hatten zwei US-Kampffjets auf Befehl des inzwischen zum General beförderten deutschen Oberst Klein zwei wenige Stunden zuvor entführte Tanklaster bombardiert. Die Laster waren in einem trockenen Flussbett stecken geblieben. Als Erklärung wurde angeführt, man habe verhindern wollen, dass sich Taliban mit dem Treibstoff versorgen. Bei dem Vorfall, der das Vertrauen der Zivilbevölkerung in die Bundeswehr stark beschädigte, starben mindestens 91 Menschen – vor allem Zivilisten. In dem Bonner Prozess geht es nun sowohl um Entschädigungen als auch um die Frage der Verantwortung für den Luftschlag. Der Antrag des Ministeriums, den Prozess zu beenden, da es nicht der richtige Ansprechpartner sei, war bei Prozessbeginn im März abgelehnt worden. Stattdessen waren die nun gezeigten Aufnahmen der Jets und weiteres Material angefordert worden. Der Prozess wird im Dezember fortgesetzt.

Kosten für US-Soldaten explodieren

Bislang kostete jeder US-amerikanische Soldat in Afghanistan etwa 1,3 Millionen US-Dollar im Jahr. Durch den Abzug des Großteils der US-Truppen bis Ende 2014 explodieren die Kosten: 2,1 Millionen US-Dollar pro Sol-

dat stehen im Budget des Verteidigungsministeriums für das nächste Jahr, und das, obwohl schon etliche Sparmaßnahmen auferlegt worden waren. Derzeit sind noch etwa 60.000 US-Soldaten in Afghanistan stationiert.

Rekord beim Opiumanbau

Im laufenden Jahr hat die Anbaufläche für Schlafmohn, aus dem Rohopium gewonnen wird, erstmals 200.000 Hektar überschritten. Die Fläche ist damit fast so groß wie das Saarland. Die Produktion wurde fast verdoppelt auf circa 5500 Tonnen Rohopium. Etwa zwei Drittel des weltweiten Heroins wird aus afghanischem Rohopium gewonnen, obwohl die internationalen Organisationen seit 2001 den Anbau eigentlich eindämmen wollten. Schlafmohn gedeiht gut in den afghanischen Tälern und ist vor allem aufgrund des Preises von etwa 150 US-Dollar pro Kilo Rohopium für die Bauern attraktiv.

Provinzgouverneur getötet

Der Gouverneur der Provinz Logar, Arsalan Jamal, ist während des Eid-Gebets am Opferfest (*Eid al-Adha*) bei einem Bombenanschlag ums Leben gekommen. Die Provinz Logar gilt als das südliche „Tor nach Kabul“ und ist strategisch bedeutsam. Seit mehreren Jahren sei es Medienberichten zufolge Aufständischen gelungen, dort wieder Fuß zu fassen, sodass der Anschlag als Reaktion auf die Verhaftung eines lokalen Taliban-Anführers gewertet werden könne. Jamal arbeitete vor seiner Karriere als Gouverneur im Bereich der ländlichen Entwicklung sowohl für Nichtregierungsorganisationen als auch für staatliche Institutionen sowie im Wahlkampfteam von Präsident Karzai.

Asyl für Helfer

Nach kritischen Medienberichten im Sommer diesen Jahres haben die deutsche Bundesregierung und ihr Verteidigungsministerium nun die Kriterien für die Aufnahme afghanischer Helfer ausgeweitet. Etwa 180 Helfer sollen Anfang November ein Angebot über eine unbefristete Aufenthaltsgenehmigung in Deutschland erhalten haben. Etwa 1400 Afghanen arbeiten derzeit noch als Dolmetscher, Wachpersonal, Reinigungskräfte oder Arbeiter für die Bundeswehr, für das Auswärtige Amt und die deutschen Polizeieinheiten. Sie gelten für die Zeit nach dem Abzug als bedroht. Viele erhielten schon Drohbriefe und -anrufe. Diejenigen, die nicht ausreisen dürfen oder wollen, hoffen auf finanzielle Unterstützung. Kurz nach Bekanntwerden der Pläne wurde ein ehemaliger Mitarbeiter in der Provinz Kundus entführt und ermordet.